

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

10.07.2023

Inhalt

EWN

1 Hafen Mukran jetzt im LNG-Gesetz: Schwesig attackiert Bund <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 08.07.2023</i>	3
2 Ostseegemeinde klagt auf Baustopp für LNG-Terminal <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 08.07.2023</i>	4
3 ReGas will Transparenz schaffen <i>Handelsblatt, 10.07.2023</i>	6
4 AKW Grohnde: Wie es um die Rückbau-Pläne steht <i>Deister- und Weserzeitung, 08.07.2023</i>	9

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 08.07.2023 | S. 1

📄 Auflage: 25.909 | Reichweite: 70.189

👤 Martina Rathke

FLÜSSIGAS-TERMINAL

Hafen Mukran jetzt im LNG-Gesetz: Schwesig attackiert Bund

Klagen angekündigt - Backhaus appelliert an Bund

Nach der Aufnahme des Hafens Mukran in das LNG-Beschleunigungsgesetz übt Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) harsche Kritik am Bund. „Wenn man alle gegen sich hat, muss man sich als Bund fragen, was man verkehrt gemacht hat“, so die Regierungschefin Mecklenburg-Vorpommerns.

Bundestag und Bundesrat hatten am Freitag für die Gesetzesänderung gestimmt. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hatte angesichts des Widerstandes auf Rügen gegen den Terminal-Bau von einer „schwierigen Abwägung“ gesprochen. Das Terminal sei für die Versorgungssicherheit erforderlich. „Wir sind noch nicht durch.“

Mit der Aufnahme Mukrans in das LNG-Beschleunigungsgesetz

sind jetzt die Genehmigungsbehörden im Land am Zug. Umweltminister Till Backhaus (SPD) appellierte an den Bund, den Bedarf für das Terminal klar zu belegen. „Das Klagerisiko ist immens“, so Backhaus. Bei Wegfall dieser Legitimation bestehe keine Rechtfertigung mehr für Eingriffe in EU- und Umweltrecht.

Die Gemeinde Binz kündigte juristische Schritte an. Sie will mit einstweiligen Anordnungen einen Baustopp erwirken und die Ausbaggerung der Fahrrinne zum Hafen verhindern. Umweltverbände kündigten Widerstand an. Der Bund riskiere eine EU-Normkontrollklage, weil grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfungen fehlten, so der WWF. Martina Rathke

Ostseegemeinde klagt auf Baustopp für LNG-Terminal

Am letzten Tag vor der Sommerpause hat die Ampelkoalition im Bundestag ein beschleunigtes Verfahren für den Bau des LNG-Terminals beschlossen. Der Widerstand geht aber weiter.

Berlin/Binz. Das grüne Licht der Politik für das umstrittene LNG-Terminal im Hafen von Mukran auf Rügen war gerade im Bundestag aufgeblinkt, da setzte die Gemeinde Ostseebad Binz ein juristisches Stoppzeichen.

„Wir werden gegen die geplante Errichtung der Anlagen vor dem Bundesverwaltungsgericht eine Einstweilige Anordnung mit dem Ziel des vorläufigen Baustopps beantragen. Die Einstweilige Anordnung richtet sich gegen die Verlegung einer Pipeline von Lubmin nach Mukran auf Rügen, den Ausbau des Fährhafens Mukran zur Anlandung von Flüssiggastankern und die Errichtung einer industriellen Störfallanlage zur Regasifizierung des Flüssiggases im Hafenbereich“, teilte Rechtsanwalt Reinhard Geulen für die Gemeinde Binz unmittelbar nach der Entscheidung in Berlin mit.

Laut Geulen würden für die Pläne der Bundesregierung, die Ostsee zwischen Rügen und dem Greifswalder Bodden zu einer großflächigen Industrieregion auszubauen, jegliche Voraussetzungen fehlen. Darüber hinaus seien die Gas-Tankschiffe nicht gegen Drohnenangriffe oder gezielte terroristische Anschläge ausgelegt – eine Explosion und ein anschließender Flächenbrand würden für die Ostküste Rügens katastrophale Auswirkungen haben, so der Rechtsanwalt.

Argumente, die von der Ampelkoalition, und hier besonders vom federführenden Bundeswirtschaftsministerium, in den vergangenen Wochen stets vom Tisch gewischt worden waren und jetzt in der Verabschiedung des LNG-Beschleunigungsgesetzes mündeten. Dies soll schnellere Genehmigungen ermöglichen.

Habeck: Es geht um Energiesicherheit

„Zur Sicherung der Energieversorgung wird mit Mukran auf Rügen ein neuer Standort aufgenommen, bei dem sich eine Realisierbarkeit für den Import von LNG abzeichnet und der perspektivisch weiterentwickelt werden kann für eine Nutzung der Hafeninfrastuktur

und Leitung mit Wasserstoff und dessen Derivaten“, heißt es unter anderem in dem Gesetz.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hatte in der Bundestagsdebatte die umstrittenen Pläne erneut verteidigt. Der Grünen-Politiker sprach mit Blick auf die Proteste gegen das Terminal von einer schwierigen Abwägung. Es gehe aber darum, die Energieversorgung Deutschlands zu sichern. „Wir sind noch nicht durch“, sagte Habeck – obwohl es derzeit eine stabile Gasversorgungslage gebe und die Gasspeicher bereits zu über 80 Prozent gefüllt seien. „Stand heute kommen wir sehr gut durch den Winter.“

Der CDU-Abgeordnete Philipp Amthor aus Mecklenburg-Vorpommern warf der Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP vor, das Vorhaben rücksichtslos „mit der Brechstange“ an den Interessen der Menschen vorbei durchs Parlament zu prügeln. Sein Parteikollege Philipp Grundmann kritisierte Standortwahl und Verfahren: „Wir brauchen LNG, wir brauchen Flüssiggas. Es geht nicht um das Ob, es geht hier allein um das Wie.“

Auch die Landesregierung stellt sich gegen die Pläne

Der AfD-Abgeordnete Leif-Erik Holm aus Schwerin zweifelte an der Notwendigkeit des Vorhabens und verwies auf den Widerstand vor Ort: „Die Rügäner verscherbeln doch nicht die Ostseeküste für ein paar Glasperlen aus Berlin.“ Inga Latendorf von der Linken in MV beklagte: „Die Leute fühlen sich nicht ernst genommen, es soll über ihre Köpfe hinweg entschieden werden.“

Bengt Bergt von der SPD betonte hingegen: „Mit der Möglichkeit für den Standort Mukran schaffen wir Versorgungssicherheit für ganz Deutschland.“ Auch der energiepolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Michael Kruse, verwies auf die Versorgungssicherheit: „Wir sorgen dafür, dass weitere Kapazitäten da sind und wir nicht angreifbar sind.“

Die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern stellt sich nach einem wochenlangen Schlingerkurs jetzt doch gegen die Pläne der Bundesregierung. Landesumweltminister Till Backhaus (SPD) hatte am Don-

nerstagabend klar gemacht, dass dem Land verbindliche Zusagen des Bundes zur Förderung der Region Rügen als Kompensation für das LNG-Terminal fehlten. Unter diesen Umständen lehne man das Projekt ab.

VERSORGUNGSSICHERHEIT**ReGas will Transparenz schaffen**

Kaum ein Unternehmen ist so geheimnisumwittert wie die Deutsche ReGas. Wer steckt hinter dem Unternehmen?

An seinem letzten Sitzungstag vor der Sommerpause hat der Bundestag die Novelle des LNG-Beschleunigungsgesetzes beschlossen. Damit hat er am vergangenen Freitag einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass der Hafen von Mukran auf der Insel Rügen zu einem der Schwerpunkte der deutschen Gasversorgung werden kann.

Nach Überzeugung der Bundesregierung wird das die Versorgungssicherheit weiter steigern. Es ist auch ein Meilenstein für die Deutsche ReGas, jenes Unternehmen, das in Mukran zwei schwimmende LNG-Terminals betreiben will, sogenannte Floating Storage and Regasification Units (FSRU).

Doch das Unternehmen, das mit der Entscheidung des Bundestags in den Fokus gerückt ist, ist für viele Akteure eine Blackbox. Lediglich die beiden Köpfe der Deutschen ReGas, Geschäftsführer Ingo Wagner und Aufsichtsratschef Stephan Knabe, treten hier und da in Erscheinung. Sie machen keinen Hehl daraus, Neulinge im Gasgeschäft zu sein – und haben es geschafft, zu den Ersten zu gehören, die in Deutschland ein schwimmendes LNG-Terminal beschafft und in Betrieb genommen haben.

Opus Holding bündelt Interessen von 27 Family-Offices

Im Wettstreit mit Branchengrößen wie RWE oder Uniper machten die beiden Unternehmensgründer eine gute Figur – sehr zum Verdruss der Platzhirsche. Am Standort Lubmin betreiben sie das FSRU „Neptune“, möglichst schnell wollen sie nach Mukran umziehen, wo die logistischen Bedingungen günstiger sind. Ein zweites FSRU für Mukran, die „Transgas Power“, haben sie bereits unter Vertrag. Doch wer steckt hinter den Branchenneulingen? Immer wieder wird kolportiert, Knabe und Wagner fungierten nur als Strohmänner dunkler Mächte. Gelegentlich heißt es, dass Unternehmen sei viel zu kapitalschwach, um aus eigener

Kraft schwimmende LNG-Terminals zu beschaffen und dauerhaft zu betreiben.

Das Handelsblatt hat Handelsregistrauszüge eingesehen und die Deutsche ReGas befragt. Aus den Puzzleteilen lässt sich ein Bild zusammensetzen, das die Eigner- und Finanzierungsstruktur des Unternehmens veranschaulicht. Aktionäre sind demnach die 1937 gegründete niederländische Reederei Anthony Veder Shipping mit Sitz in Rotterdam, die 29 Gas- und Chemikalienanker betreibt, außerdem Macquarie, einer der weltweit größten Infrastrukturinvestoren, sowie die Opus Holding in Luxemburg.

In der Opus Holding sind die Beteiligungen von 27 verschiedenen Family-Offices gebündelt. Der Vermögensberater für Opus ist nach Angaben der Deutschen ReGas Ava Investors in Genf. Ava hat die Family-Offices demnach identifiziert und betreut sie. Außerdem sind separat zwei US-amerikanische Family-Offices beteiligt. Hinzu kommt eine Beteiligung der beiden Gründer Knabe und Wagner. Insgesamt hat das Unternehmen rund 50 Einzelaktionäre.

Macquarie bringt Know-how über Tochtergesellschaft ein

Besonderen Wert hat für ReGas das Macquarie-Investment. Nach Angaben der deutschen ReGas bringt Macquarie neben der reinen Finanzbeteiligung als Unterstützung die Leistungen seiner hundertprozentigen Tochter WaveCrest Energy ein.

Die Ingenieure von WaveCrest Energy sind darauf spezialisiert, LNG-Projekte zum Laufen zu bringen. Die beiden ReGas-Initiatoren – Knabe ist Steuerberater, Wagner hat als Investmentbanker gearbeitet und ist heute Immobilienunternehmer – dürften das als enorme Entlastung empfinden.

Und wie lassen sich die hohen Summen stemmen, die

für die LNG-Projekte fällig werden? Aufsichtsratschef Knabe bestätigt im Gespräch mit dem Handelsblatt Berichte, allein für das Projekt in Lubmin habe man rund 100 Millionen Euro aufbringen müssen. „Ja, das ist zutreffend“, sagt er. Man habe den Betrag in Lubmin über Eigenkapital finanziert.

„Das Terminal ist privat finanziert. Auch Phase zwei in Mukran finanzieren wir komplett privat“, sagt Knabe. „Die Deutsche ReGas war und ist nicht auf öffentliche Mittel angewiesen und erhält keine öffentlichen Zuschüsse“, ergänzt der Aufsichtsratschef. Die Deutsche ReGas „war und ist wirtschaftlich tragfähig und wird circa 200 Millionen Euro für das Terminal in Mukran investieren“.

Ein erster Blick ins Handelsregister mag Zweifel an Knabes Darstellung wecken: Man sieht, dass sich einige Aktionärinnen und Aktionäre jeweils nur mit Anteilscheinen in niedriger vierstelliger Zahl zu einem Nennwert von einem Euro je Aktie eingekauft haben. Doch der erste Eindruck trügt. Knabe verweist darauf, für jede neu emittierte Aktie werde ein Aufgeld fällig, das an die Gesellschaft zu zahlen sei. Dadurch finanziert sich das Unternehmen. Die Aktien zum Nennwert spiegeln lediglich den gesellschaftsrechtlich relevanten Anteil am Unternehmen wider.

Fragen hatte auch die Komplementärin der Deutschen ReGas aufgeworfen. Die Deutsche ReGas ist in der Rechtsform einer GmbH & Co. KGaA eingetragen. Ein Komplementär ist der persönlich haftende Gesellschafter, den die ReGas per Gesetz aufweisen muss. In diesem Fall ist es die „WCP Deutschland GmbH“, die sich aus zwei Gesellschaften zusammensetzt.

Eine davon ist die „Grundwerte Verwaltungs GmbH“. ReGas-Geschäftsführer Ingo Wagner hielt seine Anteile an ihr nicht direkt. Er hatte sie nach Recherchen des Handelsblatts 2018 unter der Adresse: „Elgin Avenue, George Town, Grand Cayman KY1-1106, Cayman Islands“ gegründet. Das ist natürlich nicht verboten. Aber die Kaimaninseln stehen seit Jahren in Verdacht, Steuerschlupfloch und Schwarzgeldparadies zu sein. 2021 holte Wagner die Geschäftsanteile nach Deutschland zurück und übertrug sie an sich selbst an seinen

Firmensitz in Bruchsal. Das wirkt wesentlich seriöser.

Als Garant der Versorgungssicherheit muss die Deutsche ReGas über jeden Zweifel erhaben sein. Allein in Mukran sollen mit den zwei FSRUs Kapazitäten für den Import von bis zu 15 Milliarden Kubikmeter Gas jährlich entstehen. Das entspricht in etwa einem Viertel der Gasmenge, die noch 2021 durch die Ostseepipeline Nord Stream 1 strömte. Damit spielt die Deutsche ReGas künftig eine Schlüsselrolle für die Gasversorgung Deutschlands und seiner Nachbarländer.

Finanziell hält sich der Bund raus

Hasardeure kommen für diese Aufgabe nicht in Betracht. Aus diesem Grund hatte die Bundesregierung im vergangenen Jahr auf die etablierten Player der Energiebranche gesetzt, um innerhalb weniger Monate eine LNG-Importinfrastruktur aus dem Boden stampfen zu lassen. Der Bund gründete die Deutsche Energy Terminal GmbH (DET), eine bundeseigene Gesellschaft für den Betrieb von Terminals zu Anlandung von Gas per Schiff.

„Aktuell sind vier Terminals an der Nordseeküste in Vorbereitung. Ein Terminal in Wilhelmshaven ist bereits in Betrieb und ein weiteres in Brunsbüttel wird derzeit in Betrieb genommen. Die nächsten Terminals folgen in Stade und an einem weiteren Standort in Wilhelmshaven“, heißt es auf der DET-Website. Lubmin, der bisherige Standort der Aktivitäten der Deutschen ReGas, und Mukran als künftiger Standort tauchen auf der DET-Website nicht auf. Das ändert sich nun mit der Novellierung des LNG-Beschleunigungsgesetzes. Der Standort Mukran wurde in das Gesetz aufgenommen und profitiert von günstigeren Bedingungen, etwa bei Genehmigungen und beim Netzanschluss. Finanziell hält sich der Bund allerdings komplett raus – anders als bei den anderen FSRUs.

ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

„Die Deutsche ReGas war und ist nicht auf öffentliche Mittel angewiesen und erhält keine öffentlichen Zuschüsse.“ - Stephan Knabe, Aufsichtsratschef ReGas

Beitrag zur Gasversorgungssicherheit

Schwimmende LNG-Terminals in Deutschland in Betrieb oder geplant



Handelsblatt Nr. 130 vom 10.07.2023
© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Bildunterschrift: Energiebranche: Erdgasversorgung - Standorte geplanter oder bereits in Betrieb befindlicher schwimmender LNG-Terminals in Deutschland Stand 07.2023 (MAR / GEO / Grafik)

AKW Grohnde: Wie es um die Rückbau-Pläne steht

Forschungsergebnisse zur verlängerten Zwischenlagerung von Atommüll sollen öffentlich vorgestellt werden

EMMERTHAL / GROHNDE. Forschungsergebnisse und erste Erkenntnisse zur verlängerten Zwischenlagerung von hochradioaktiven Abfällen am Atomkraftwerkstandort Grohnde sollen noch in diesem Jahr in einer öffentlichen Veranstaltung in Emmerthal vorgestellt werden. Dies beabsichtigt die Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH (BGZ), wie in der vierten Sitzung der Begleitkommission Rückbau deutlich wurde.

Dr. David Knollmann, Sprecher der BGZ, informierte über das Forschungsprogramm zur verlängerten Zwischenlagerung. Im Fokus stünden dabei zahlreiche Forschungsaktivitäten, etwa zu den Transport- und Lagerbehältern sowie den darin eingelagerten bestrahlten Brennelementen und hochradioaktiven Abfällen.

Auch Dominik van Meegen von der Preussen Elektra GmbH, Leiter Rückbau Kernkraftwerk Grohnde, stellte den aktuellen Sachstand hinsichtlich des Nachbe-

triebs und des Rückbaus der Anlage vor.

Der Landkreis Hameln-Pyrmont hatte die Begleitkommission zum Rückbau des Kraftwerks Grohnde bereits im Jahr 2020 – und damit etwa ein Jahr vor der Abschaltung der Anlage am 31. Dezember 2021 – gegründet. Im Hamelner Kreishaus fand nun unter der Leitung von Dr. Joachim Steinbeck, zuständiger Geschäftsbereichsleiter beim Landkreis Hameln-Pyrmont, die vierte Sitzung der Begleitkommission Rückbau Kernkraftwerk Grohnde statt. In der Runde der ordentlichen Mitglieder sei diesmal auch ein Vertreter vom Anti-Atom-Plenum Weserbergland als Gast begrüßt worden.

Für 2024 sei die jährliche Sitzung der Begleitkommission im Zusammenhang mit einem Besuch des Kraftwerks Grohnde geplant.